Bahn muss sparen – auch beim Personal

Einstellungen von Zugbegleitern und Lokführern nicht betroffen

Berlin. Die Deutsche Bahn ist finanziell schwach ins neue Jahr gestartet und will nun vor allem beim Personal sparen. "Vorbereitet werden Maßnahmen zur Ausgaben- und Einstellungssteuerung mit Fokus auf die Konzernverwaltung", teilte eine Sprecherin am Sonnabend auf Anfrage mit. Einem Medienbericht zufolge soll der Konzernvorstand in der kommenden Woche die Maßnahmen beschließen. "Einige Geschäftsfelder sind bereits vorangegangen", hieß es.

Damit bezieht sich die Bahn unter anderem auf die Güterverkehrstochter DB Cargo. Das Unternehmen plant aufgrund hoher Verluste eine Umstrukturierung: Um Kosten einzusparen, will DB Cargo unter anderem Teile des Güterverkehrs, besonders im sogenannten kombinierten Verkehr, an Tochterfirmen auslagern. Arbeitnehmer fürchten einen weitreichenden Stellenabbau, was der Vorstand aber bestreitet.

Wie die personellen Maßnahmen in der Verwaltung der Konzernmutter konkret aussehen sollen, wurde zunächst nicht bekannt. "Ganz wichtig ist: Die Investitionen in die starke Schiene laufen weiter", betonte die Bahn. Einstellungen im operativen Bereich - also etwa von Lokführern, Zugbegleitern oder Dienstleitern - seien nicht betroffen. Die Sparmaßnahmen seien notwendig, weil die Bahn "aufgrund externer Faktoren" wirtschaftlich schlechter ins laufende Jahr gestartet sei als geplant. Gemeint ist vor allem der Tarifabschluss mit der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), auf den sich beide Seiten nach monatelangem Ringen kurz vor Ostern geeinigt hatten. dpa

Jeder Zehnte lebt in überfüllter Wohnung

Berlin. Die Wohnungsnot in Deutschland hat sich weiter verschärft: Mehr als 9,5 Millionen Menschen leben in überfüllten Wohnungen, wie aus einer Antwort des Statistischen Bundesamtes auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht hervorgeht, aus der das Redaktionsnetzwerk Deutschland am Sonntag zitierte. Die Wohnungsnot betrifft damit 11,3 Prozent der Bevölkerung, mehr als jeden Zehnten. Als überbelegt definiert das Bundesamt eine Wohnung, wenn der Haushalt im Verhältnis zur Zahl seiner Mitglieder zu wenige Zimmer hat - also beispielsweise nicht jedes Paar oder jeder weitere Erwachsene ein eigenes Zimmer hat oder es keinen Gemeinschaftsraum gibt. Im Vergleich zum Vorjahr 2022 hat sich die Lage den Angaben nach 2023 um 0,1 Prozentpunkte verschlechtert. afp

Wo Geld am meisten bringt

Anbieter-Auswahl*	Zinssatz aktuell	Ertrag
Tagesgeld (5000 Euro)	(in %)	in Euro**
Suresse Direkt Bank1	3,90	168,30
Comdirect-Bank ¹	3,75	112,94
Renault Bank direkt ¹	3,70	155,14
ING ¹	3,30	113,75
Leaseplan Bank	3,30	167,52
Ikano Bank	2,76	138,00

in Euro nach 12 Monaten; berücksichtigt werden unterschiedlich häufige Zinstermine sowie ein niedrigerer Anschlusszins nach einer höheren Zinsgarantie

ohne Zinsportale, keine Kombiprodukte

Festgeld (10000 Euro) 12 Monate	aktuell (in %)	Ertrag in Euro
Klarna Bank	3,63	363,00
abcbank	3,50	350,00
CA Auto Bank	3,40	340,00
Oyak Anker Bank	3,15	315,00
Garanti Bank International	3,10	310,00
1892 Sparen	3,00	300,00

Sparbrief (10000 Euro) 2 Jahre	Zinssatz aktuell (in %)	Ertrag in Euro
Pbb direkt	3,75	764,06
Leaseplan Bank	3,55	722,60
abcbank	3,40	691,56
Oyak Anker Bank	2,90	588,41
Suresse Direkt Bank	2,80	567,84
Garanti Bank International	2,75	557,56

. Rate
58,33
07,92
66,25
69,17
75,00
01,25
30,42

Deutsche Unternehmen setzen auf Indien

Das Land gilt als korrupt, bürokratisch und kompliziert. Viele hält das aber nicht ab. Große Firmen haben bereits Fuß gefasst

Eli Hamacher

Berlin/Mumbai. Mit deutschen Arbeitgebern kennt sich Manojit Acharya aus. Seit neun Jahren arbeitet er als Managing Director für den Gabelstaplerproduzenten Jungheinrich in Indien. Was Acharya im heute bevölkerungsreichsten Land der Erde geschafft hat, das schätzt man auch bei der Mutter in Hamburg. "Solch eine Dynamik haben wir weltweit noch nirgendwo erreicht", schwärmt Jungheinrichs Vertriebsvorstand Christian Erlach.

Zwischen 2014 und 2023 wuchs der Umsatz um das Achtfache. Der Standort mit Lager, Werkstatt und Verwaltung und heute gut 200 Beschäftigten expandierte von anfangs 450 sukzessive auf 7000 Quadratmeter. Während Acharya im Norden Mumbais durch die neue Lagerhalle führt, vorbei an knallgelben Flurförderzeugen, erzählt er auch, wie Jungheinrich während der Pandemie die Krankenversicherung für alle indischen Mitarbeitenden erhöhte und einen satten Corona-Bonus zahlte. "Da hat manch einer vor Freude geweint." Deutsche Arbeitgeber genießen in Indien einen guten Ruf.

Am südlichsten Zipfel Mumbais sitzt Stefan Halusa. 2020, mitten in der Corona-Pandemie, rückte der ehemalige Brose-Manager an die Spitze der Indo-German Chamber of Commerce. Seit Ende der Krise kommen Delegationen im Wochentakt. Mehr als 2000 deutsche Unternehmen sind bereits in Indien mit einer eigenen Niederlassung aktiv, davon produzieren rund 700 Firmen vor Ort.

Auch die Nähe zu Europa macht Indien als Wirtschaftsstandort interessant

"Die Firmen müssen im Rahmen des China-Derisking ihre Lieferketten stärker diversifizieren", sagt Halusa. Und Indien könne mit einem hohen Wachstum von zuletzt 8,4 Prozent, der weltgrößten und noch dazu einer sehr jungen Bevölkerung und relativ niedrigen Lohnkosten punkten. Hinzu komme, dass Indien näher an Europa liege als China, politisch stabil und unlängst sogar die einstige Kolonialmacht Großbritannien als Wirtschaftsmacht überholt hat.

Mit Spannung schaut jetzt auch die deutsche Community auf das politische Highlight des Jahres. Die Wahl der größten Demokratie der Welt will der seit zehn Jahren amtierende Premierminister Narendra Modi ein drittes Mal gewinnen. Es sieht gut für ihn aus. Aus Sicht von Halusa würde Modis Wiederwahl Kontinuität und Berechenbarkeit bringen, was sich positiv auf die Investitionen deutscher Unternehmen in Indien auswirken wird. "Der Anfang Februar vorgelegte Haushalt unterstreicht dies. Er sieht weiterhin hohe Investitionen in die Infrastruktur vor. Die Regierung setzt weiterhin auf Wachstum."

Von den Milliarden-Investitionen, mit denen die heute fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt ihre teils marode Infrastruktur pushen will, profitieren auch deutsche Unternehmen. Seit Februar 2024 verbindet der Münchner Mobilitätsanbieter Flix 46 indische Städte mit mehr als 200 täglichen Bus-Fahrten. Im Herbst 2023 startete die Deutsche Bahn die erste Schnellbahnverbindung des Landes im Beisein eines prominenten Gastes: Premier Modi ließ die grüne Flagge sinken, bevor er in einem der hochmodernen Waggons mit 160 Stundenkilometern davonbrauste.



Für die Bahn hat der Zwölfjahresvertrag laut Niko Warbanoff, CEO der DB E.C.O. Group, einen Auftragswert im dreistelligen Millionenbereich. Siemens Mobility wird mehr als 1200 Loks für drei Milliarden Euro liefern, die Billig-Airline Indigo orderte bei Airbus 500 Flugzeuge, zuvor hatte schon Air India 250 Maschinen bei Airbus bestellt.

Auch die weltweit anerkannte Softwarekompetenz indischer Ingenieure lockt immer mehr deutsche Konzerne und Mittelständler. Hapag-Lloyd eröffnete in Chennai ein neues Technologiecenter, das die Angebote digitaler Services erhöhen soll. Für das Berliner FinTech Solaris arbeiten in Indien bereits mehr als 130 Experten, die die Teams in Deutschland und der Ukraine unterstüt-

Von den ambitionierten grünen Energieplänen der Regierung will auch die SFC Energy AG profitieren. Der bayerische Produzent von Wasserstoff- und Methanol-Brennstoffzellen für stationäre und mobile Hybrid-Stromversorgungslösungen, der für das Jahr 2023 mit einem Umsatz von rund 118 Millionen Euro rechnet, erwartet mittelfristig allein von seiner indischen Tochter SFC Energy India Ltd. einen Umsatzbeitrag von rund 100 Millionen Euro. SFC liefert unter anderem an die indischen Streitkräfte, damit diese in der Grenzregion ihre Überwachungstechnik mit Strom versorgen können. "Dass deutsche Technologie im Spiel ist, ist bei den Ausschreibungen sicher von Vorteil", sagt Thomas Martensmeier, seit Ende 2023 Geschäftsführer in Indien.

Doch während die Ankunft von Investoren oftmals laut gefeiert wird, vollzieht



Hier werden Waren von Hand bewegt, doch auch in Indien ist der Trend zur Automatisierung längst angekommen.

sich deren Rückzug leise. Etwa Metro. Die Düsseldorfer, die auf den Indien-Veranstaltungen in Deutschland einst voller Optimismus ihre Erfolgsgeschichte erzählten, verkauften ihre 31 Märkte und ihr Immobilienportfolio.

Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien steckt seit Jahren fest

Nach wie vor gilt Indien als schwieriger, komplizierter und bürokratischer Markt. Daran hat auch der im Alltag omninräsente Premier Modi, der jüngst sogar lebensgroße Bildnisse von sich als Selfie-Point vor Bahn-Stationen aufstellen ließ, an jeder Ecke im Zentrum Delhis von Plakatwänden blickt und sogar in der Tagespresse Leitartikel veröffentlichen darf, nichts wesentlich geändert.

Laut German Indian Business Outlook 2023 von AHK Indien und KPMG gaben 53 Prozent der befragten deutschen Unternehmen an, dass sie sich durch Bürokratie und administrative Hürden beeinträchtigt fühlten. Es folgten Korruption (47 Prozent) und das regulatorische Umfeld (31 Prozent). Düstere Prognose: Mit wesentlichen Fortschritten rechnen die Befragten bis 2028 nicht. Auch Modis stark hindunationalistischer Kurs gefällt

nicht jedem in der Wirtschaft. Und das von der deutschen Wirtschaft als sehr wichtig erachtete Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Indien steckt seit Jahren fest.

"Aber es ist auch einiges passiert", sagt Halusa. Für Firmengründungen etwa gebe es in einigen Bundesstaaten die One Window Lösungen mit einem Ansprechpartner für den gesamten Prozess. Steuererklärungen und Bezahlprozesse liefen mittlerweile auf elektronischem Weg "Das entzieht der Korruption zumindest auf der oberen Ebene den Boden, auf der lokalen Ebene sicher noch nicht im gleichen Maß." Als positiv werten Experten zudem die Einführung der einheitlichen Goods and Services Tax, die eine Vielzahl von Steuern ersetzte und Steuererklärungen vereinfachte.

Trotz aller Herausforderungen überwiegt der Optimismus. Für Logistiker wie Jungheinrich hat der Markt noch ein riesiges Potenzial. Denn immer noch werden viele Waren von Hand bewegt. Doch der Trend geht klar zu immer mehr Automatisierung. Jungheinrich-Manager Acharya ist sich sicher: "In meiner Arbeitszeit werde ich das Ende des Wachstums nicht mehr erleben."

Boom bei den Balkonkraftwerken

Mieter und Hausbesitzer betreiben bundesweit schon 400.000 Anlagen. Doch die Hürden sind hoch

Beate Kranz

Berlin. Balkonkraftwerke erleben in Deutschland einen Boom. Immer mehr Menschen werden zu eigenen Stromerzeugern in ihren Wohnungen oder Häusern. Mittlerweile hat die Bundesnetzagentur mehr als 400.000 steckerfertige Solaranlagen registriert. Allein im ersten Quartal dieses Jahres wurden 50.000 Anlagen gemeldet. Und die Zahl könnte noch deutlich höher liegen, denn manche Anlagen werden erst mit Verspätung angegeben.

Die meisten Anlagen sind bislang mit 80.000 Stück im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen montiert, gefolgt von Bayern mit mehr als 60.000 und Niedersachsen mit gut 50.000. Der Anstieg ist groß: Vor neun Monaten waren etwa 230.000 Anlagen bundesweit gemeldet. Balkonkraftwerke kosten je nach Leistung (350 bis 400 Watt) und Marke zwischen 500 und 1500 Euro.

Das Potenzial für Photovoltaik ist aus Sicht des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW) noch nicht ausgeschöpft. Es sei sehr wahrscheinlich, dass die Nachfrage auch 2024 weiter zunehmen werde, sagte der Hauptgeschäftsführer Carsten Körnig. Allerdings werde sich das prozentuale Wachstumstempo wohl etwas abflachen. Durch die Energiekrise, die durch den Ukraine-Krieg ausgelöst wurde, habe es eine Sonderkonjunktur gegeben. Auch für Verbraucher ist es seit Monats-

anfang einfacher geworden, Balkonkraftwerke zu installieren. So hat die Bundesnetzagentur die Registrierung im Marktstammdatenregister erleichtert. "Wir begrüßen die vereinfachte Registrierung der Steckersolargeräte ab dem 1. April sowie weitere Anstrengungen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau außerordentlich", sagte Körnig. So sollen im Solarpaket der Bundesregierung weitere Hürden für den Ausbau der Sonnenenergie abgebaut werden. Allerdings hängt das Paket seit letztem Sommer in Beratungen des Parlaments wegen politischer Differenzen über die Förderungen der heimischen Solarindustrie durch Steuergelder fest. China bietet aktuell Solaranlagen zu Dumpingpreisen an. Die FDP lehnt deshalb eine Förderung ab. Der Gesetzentwurf zum Solarpaket sieht unter anderem vor, dass Balkonkraftwerke grundsätzlich nicht mehr beim Netzbetreiber gemeldet werden müssen. Vielmehr soll es ausrei-



Rund 400.000 Wohnungen und Häuser haben Balkonkraftwerke. STEFAN SAUER/DPA

chen, die Anlagen bei der Bundesnetzagentur zu registrieren. Zudem soll das Mietrecht und Wohnungseigentumsrecht derart verändert werden, dass die Montage und notwendige bauliche Veränderungen nicht mehr so einfach von Vermietern oder Wohnungseigentümergemeinschaften (WEG) blockiert werden können.

Wenn Mieter ein Balkonkraftwerk installieren wollen, müssen sie bislang immer die Erlaubnis des Vermieters einholen. In Zukunft sollen sie verlangen können, dass ihnen eine mögliche bauliche Veränderung für die Installation eines Geräts gestattet wird. Grundsätzlich sollen Vermieter und WEG damit aber auch künftig noch ein Mitspracherecht bei der Installation erhalten, gleichzeitig sollen Mieter aber auch einen Anspruch auf die Montage eines Balkonkraftwerkes haben. Der Deutsche Mieterbund sieht hier bei der Auslegung des Gesetzes die größten Probleme. Denn bei den Formulierungen werde nicht klar, was sie genau bedeuteten.

SAP plant Abbau von 2600 Stellen in Deutschland

Walldorf. Der Softwarehersteller SAP will nach einem Zeitungsbericht als Teil seines angekündigten Großumbaus voraussichtlich 2600 Stellen in Deutschland streichen. Ein Sprecher des Konzerns äußerte sich nicht zu der konkreten Zahl, die aus einem Bericht des "Handelsblatts" hervorgeht. Bisher war lediglich von insgesamt 8000 Stellen die Rede, die von der Umstrukturierung betroffen seien. "SAP hat im Januar ein Restrukturierungsprogramm für das ganze Unternehmen gestartet, um sich auf strategische Wachstumsfelder wie Business AI zu konzentrieren", teilte der Sprecher mit. AI steht für Artificial Intelligence (Künstliche Intelligenz). Die meisten betroffenen Mitarbeiter werden demnach in den nächsten Wochen benachrichtigt. Auch in anderen europäischen Ländern sollen Stellen gekürzt werden. Im Verantwortungsbereich des europäischen Betriebsrats sollten rund 4100 Stellen entfallen. dpa